

Regierungspräsidium Stuttgart

Allgemeinverfügung vom 18.11.2021 über die befristete Einrichtung zusätzlicher Betriebsstellen und Satelliten von nach § 108 Nr. 1 oder Nr. 2 SGB V zugelassenen Krankenhäusern gemäß § 7 Absatz 1 Satz 1 des Landeskrankenhausgesetzes Baden-Württemberg (LKHG BW) begründet in der Coronavirus SARS-CoV-2 Pandemie

I.

1.

Krankenhäuser, die nach § 108 Nr. 1 oder Nr. 2 SGB V zugelassen sind, können weitere Betriebsstellen und Satelliten einrichten und betreiben, als im jeweiligen Bescheid über die Aufnahme in den Krankenhausplan (Datenblatt) festgestellt wurden, um die notwendigen Versorgungskapazitäten für die nicht aufschiebbare akutstationäre Krankenhausversorgung nach § 39 SGB V zu schaffen.

2.

Die Allgemeinverfügung kann jederzeit ganz oder teilweise widerrufen oder mit Nebenbestimmungen versehen werden.

3.

Die Allgemeinverfügung tritt nach Bekanntgabe mit Wirkung vom 18. November 2021 in Kraft und mit Ablauf des 31. Januar 2022 außer Kraft.

4.

Die sofortige Vollziehung wird angeordnet.

5.

Die Allgemeinverfügung gilt einen Tag nach ihrer Bekanntmachung als bekanntgegeben (§ 41 Abs. 4 Satz 4 LVwVfG).

II.

Begründung

Das Coronavirus SARS-CoV-2 verbreitet sich in Form der Deltavariante trotz der inzwischen gegebenen Impfmöglichkeit derzeit gerade unter nicht immunisierten Personen exponentiell. Die Krankenhäuser des Landes haben in den kommenden Wochen mit einem extremen Bedarf an Intensiv- und Beatmungskapazitäten zur Behandlung von Patientinnen und Patienten mit schweren Atemwegserkrankungen durch COVID-19 zu rechnen.

Um sicherzustellen, dass die Krankenhäuser bei steigender Fallzahl ihre Behandlungskapazitäten gezielt für die Versorgung schwerer Infektionsfälle einsetzen sowie Patientenströme so geordnet und effizient wie möglich lenken können, müssen alle geeigneten Maßnahmen ergriffen werden. Gerade angesichts besonders schwerer und lebensbedrohlicher Krankheitsverläufe und den früheren Erfahrungen mit erheblichen Engpässen in anderen Staaten bedarf es gerade jetzt im Besonderen einer optimalen Kooperation und der Mitwirkungsbereitschaft aller Einrichtungen zur stationären Versorgung.

Im Einzelnen:

Zu I.1.:

Im Bescheid über die Aufnahme in den Krankenhausplan nach § 7 Absatz 1 Satz 1 LKHG werden die Betriebsstellen und Satelliten der Krankenhäuser, die nach den landesrechtlichen Vorschriften als Hochschulklinik anerkannt sind (§ 108 Nr. 1 SGB V) und der Krankenhäuser, die in den Krankenhausplan eines Landes aufgenommen sind (Plankrankenhäuser, § 108 Nr. 2 SGB V) festgestellt.

Um Krankenhäusern im Sinne von § 108 Nr. 1 und Nr. 2 SGB V während der Pandemie die Behandlung und Versorgung und damit die Schaffung weiterer Behandlungskapazitäten an anderen Betriebsstellen und Satelliten zu ermöglichen, ist die Beschränkung auf die in dem jeweiligen Bescheid festgestellten Betriebsstellen und Satelliten während der Geltungsdauer dieser Allgemeinverfügung aufzuheben und diesen Krankenhäusern die Möglichkeit zu geben, weitere Betriebsstellen und Satelliten, z. B. in Fachkliniken, privaten Kliniken, Hotels, Messehallen, Turnhallen etc., einzurichten und zu betreiben. Diese Befugnis endet mit dem Außerkrafttreten dieser Allgemeinverfügung (Ziffer 3).

Die rechtlichen Vorgaben für den Betrieb der bestehenden und weiteren Betriebsstellen und Satelliten bleiben unberührt, insbesondere hinsichtlich medizinischer und – soweit angemessen – für die Hygiene relevanter Vorgaben. In den auf Grundlage dieser Allgemeinverfügung eingerichteten Betriebsstellen erfolgt die akutstationäre Patientenversorgung entsprechend der Ausstattung der jeweiligen Betriebsstellen.

Zu I. 2.:

Soweit erforderlich kann diese Allgemeinverfügung jederzeit ganz oder teilweise widerrufen oder mit Nebenbestimmungen versehen werden.

Zu I.3.:

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten sowie die Befristung der Allgemeinverfügung. Sie gilt bis einschließlich 31. Januar 2022.

Zu I.4.:

Die sofortige Vollziehung der Verfügung wird gemäß § 80 Absatz 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) angeordnet. Die sofortige Geltung liegt im öffentlichen Interesse. Die angeordneten Maßnahmen sind notwendig, um die Patientenversorgung sowie deren Koordinierung effektiv sicherzustellen. Die Durchführung der Maßnahmen duldet keinen Aufschub, Entscheidungen über mögliche Rechtsbehelfe können nicht abgewartet werden. Das öffentliche Interesse am effektiven Schutz von Gesundheit und Leben überwiegt das Interesse von den Anordnungen Betroffener, die Maßnahmen erst nach einer rechtskräftigen Entscheidung durchzuführen oder zu dulden.

Zu I.5.:

Die Vorschrift regelt die Bekanntmachung der Allgemeinverfügung.

III.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Die Klage ist zu richten an das

Verwaltungsgericht Stuttgart
Augustenstraße 5
70178 Stuttgart

Die Anfechtungsklage hat gem. § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO keine aufschiebende Wirkung.

Regierungspräsidium Stuttgart

gez. Wolfgang Reimer
Regierungspräsident